

Statt Zerstörung - Stadt schaffen

Carlo Schmitz



Der Finanzplatz und der EG-Standort Luxemburg bringen sicherlich Wohlstand ins Land, sie drohen aber auch es zu ersticken.

1.000.000.000 (in Worten: eine Milliarde) für das hauptstädtische Möbelhaus Bonn Frères

1.200.000.000 (in Worten: 1,2 Milliarden) für das Hotel Alfa

Im letzten Jahr haben 20 neue Banken die Niederlassungserlaubnis in Luxemburg erhalten.

Das Sekretariat des Europaparlamentes wird vielleicht abgezogen. Aufatmen? Nein, sein Weggang wird durch andere EG-Institutionen kompensiert.

*

Wer einer kleinen, behäbigen Mittelschichtsgesell-

schaft einen internationalen Finanzsektor mit einem ungeheuren Appetit auf Grundstücke und Büroraum, und ausgestattet mit unvorstellbaren Finanzmitteln aufpflöpft; wer einer gewachsenen Sozialstruktur eine soziale Schicht draufsetzt, deren Kaufkraft um Größenordnungen höher liegt, der bringt die Verhältnisse zum Tanzen. Und wer hier nicht regulierend, die Konsequenzen abfedernd eingreift, obschon er die Mittel dazu besitzt, der handelt unverantwortlich.

Unfähig oder unverantwortlich oder beides gleichzeitig, das sind unsere derzeitigen Politiker.

Das Stadtzentrum ist zerstört, das Leben aus ihm gebannt, die vielbeschworene Geisterstadt ist da.

Das Stadtzentrum ist zerstört, das Leben aus ihm gebannt, die vielbeschworene Geisterstadt ist da.

Aber damit nicht genug. Das Zentrum hat schon angefangen seine kalten Geisterfinger nach den angrenzenden Wohnvierteln auszustrecken. Wohnraum wurde abgerissen und durch Büro- sprich Bankgebäude ersetzt. Noch bestehender Wohnraum wird als Büroraum genutzt. Mitten unter Wohnhäuser werden Bankklötze gesetzt, was im Sinne einer Funktionsmischung nicht grundsätzlich abzulehnen ist, aber angesichts der Verhältnisse eine unselige Dynamik auslöst: die Grundstücks- und Häuserpreise werden weiter in die Höhe getrieben. Außer den Spitzenverdienern aus Banken und EG-Institutionen kann sich bald keiner mehr leisten hier zu wohnen.

Die Einwohner werden aus ihren Wohnvierteln, aus ihrer Stadt vertrieben. Sie ziehen in die Randgemeinden und zersiedeln die Landschaft gnadenlos. Das Verkehrsaufkommen in eben diesen Randgebieten und der Stadt nimmt aufgrund der tagtäglichen Pendlerbewegungen zu. Neue Straßen und Autobahnen werden nötig, um die Blechlawinen zu bewältigen. In der Stadt wird neuer Parkraum erschlossen - diese gähnenden Abgründe, die man durch die Bauzäune der Baustellen bestaunen kann - und bis diese Parkbunker fertiggestellt sind, wird das Auto in den umliegenden Wohnvierteln abgestellt. Die Lebensqualität in der Stadt nimmt rapide ab. Das erleichtert vielleicht denen, die aufgrund der Mieten und Immobilienpreise keine Bleibe mehr hier finden, die Entscheidung, doch "aufs Land" zu ziehen. Damit rücken sie denen aufs Fell, die schon länger dort ihre Zelte aufgeschlagen haben. Diese wiederum fühlen sich belästigt: "Die vielen Autos und dann diese Zersiedelung der Landschaft!" und sie ziehen weiter "raus". Um sie an ihren Arbeitsplatz zu bringen, muß die Nordstrecke her usw, usf.

*

Irgendwie absurd diese Entwicklung! Es ist höchste Zeit nachzudenken und in eine Debatte zu treten: Welche Stadt wollen wir? Welche Wohn- und Lebensqualität wollen wir? Welches Verhältnis von Stadt und Land?...

Aber zuerst die Frage: Wer ist verantwortlich für diese Entwicklung? Zunächst keiner. Es ist ein seelenloser Mechanismus, durch den einige sich eine goldene Nase verdienen, der aber die Mehrzahl als Verlierer ausspuckt. Und doch muß die Frage nach der Verantwortung gestellt werden, denn man kann

diesen Mechanismus wenn nicht stoppen, so doch steuern. Und das weigern sich die politisch Verantwortlichen zu tun. Sie tragen die Verantwortung für die Wohnungsnot, sie tragen die Verantwortung für den Ausverkauf der Hauptstadt. Sie können sich nicht aus der Verantwortung stehlen mit dem Argument, sie hätten das so nicht gewollt, oder sie könnten und dürften nicht in den "freien" Markt eingreifen. Auch nicht handeln ist eine Form des Handelns! Den Dingen ihren Lauf lassen, bedeutet auch eine Position zu beziehen, nämlich die Position derjenigen, die vom Lauf der Dinge profitieren. Solange die Profitmaximierung gesichert ist, hält man sich raus, ist diese aber gefährdet, wird eingegriffen. Siehe ARBED-Subventionen.

Dabei greifen sie sehr wohl ein, nur in die falsche Richtung: auf dem Kaltreis haben sie gemeindeeigene Grundstücke verkauft, nicht etwa an Privathaushalte sondern an Baupromotoren. Wenn das kein Anheizen der Spekulation ist...?

Das Mietgesetz gibt ihnen ein rechtliches Instrumentarium an die Hand, um die Wohnungsnot zu bekämpfen (Siehe "forum" Nr. 119). Sie nutzen es nicht, sie nutzen ihre eigenen Gesetze nicht! Das "Sauerwissprojekt" haben sie jahrelang durch ein lächerliches Kompetenzgerangel hinausgezögert.

Verantwortung tragen aber auch wir, die berühmten Bürger und Bürgerinnen, die wir denen da oben freie Hand lassen und sie alle paar Jahre trotz ein bißchen Nörgelei wiederwählen. Selbst wenn wir zu denen gehören, die ihnen ihre Stimme verweigert haben, so reicht das nicht. Wir müssen noch andere Wege finden Druck auf sie auszuüben, denn sie stehen im Dienst von Sektoren unserer Gesellschaft, die nicht auf das Wahlrecht angewiesen sind, um ihre Wünsche erfüllt zu bekommen.

*

Es ist eine Frage der Zeit, wann "unser" Staat aufgehört haben wird zu existieren, weil seine Institutionen faktisch aufgehört haben zu funktionieren. Sie werden nicht mehr genutzt als regulative Instrumente im Dienste der Bürger dieses Landes. "Unsere" Politiker sind dabei den Staat zur Promotorfirma für die internationalen Finanzgesellschaften zu degradieren.

*

Um all dem Einhalt zu gebieten und die eingangs gestellten Fragen in die öffentliche Diskussion zu bringen hat sich ein breites Aktionsbündnis aus ASTI, Assistant(e)s sociales, CARITAS, CLAE, GAP, GLEI, Interactions Faubourg, KPL, Mouvement Ecologique, OGG-Zentrum, Stater Sozialisten konstituiert. Dessen Hauptforderungen lauten:

- 1) Drastische Ankurbelung des sozialen Wohnungsbau, besonders von Mietwohnungen
- 2) Ausrufung des Wohnungsnotstandes
- 3) Inventarisierung leerstehender Wohnungen
- 4) Erhaltung der Wohnfunktion, keine weitere Umwandlung von Wohnraum in Gewerberaum
- 5) Schnelle Realisierung des "Sauerwiss"-Projektes

Es ist wichtig zu erkennen, daß die Wohnungsnot in einem größeren Zusammenhang steht. Sie ist das Symptom einer Krise, die die Fundamente unserer Gesellschaft berührt. Deshalb wär es wünschenswert, wenn aus diesem Aktionsbündnis eine breite Bewegung aus Bürgern und Bürgerinnen entstehen würde, die auf ihre Art die Verhältnisse zum Tanzen bringt.

*

Ursprünglich wollten wir ein Dossier zur Wohnungsnot machen, in das auch urbanistische Überlegungen eingehen sollten. Die Verbindung beider Aspekte schien uns wichtig. Erstens bei der Problemdiagnose: es sind die gleichen Prozesse, die zur Wohnungsnot führen und die unerwünschte urbanistische Tatsachen schaffen. Zweitens kann man davon ausgehen, daß versucht wird der Wohnungsnot beizukommen durch die Schaffung neuen Wohnraums, und da stellt sich die Frage: Wie soll der aussehen, in welchem Wohnumfeld?

Zustandegekommen ist ein Dossier, dessen innere

Kohärenz vielleicht nicht auf den ersten Blick erkennbar ist und doch beleuchtet er verschiedene Facetten, die sich gut ergänzen.

Ein erster Beitrag behandelt das politische und soziale Spannungsfeld, in dem sich die urbanistische Entwicklung und Planung der Stadt Luxemburg abspielt. Danach wird der Stadtentwicklungsplan der Stadt Esch/Alzette vorgestellt. Eine Kunsthistorikerin nimmt ein paar Plätze der Hauptstadt unter die Lupe und "bespricht" sie auf dem Hintergrund von kulturhistorischen Betrachtungen zur Funktion des Platzes in der Stadt. Daß die Veränderungen in der Familien- und Haushaltsstruktur zu gewachsenen Ansprüchen an Wohnraum führen, legt ein Sozialwissenschaftler dar. Die Veränderungen des ländlichen Raumes durch Industriezonen und Zersiedelung beschreibt eine unmittelbar Betroffene. In einem Interview erläutert der Bürgermeister einer Randgemeinde der Stadt Luxemburg die Probleme einer sog. Schlafgemeinde.

ds